

menarbeit, gleich, ob es um Krankenhäuser, Schulen, Frauenprojekte oder Kriegswaisen geht. Wir haben bei unseren Überlegungen sicher nicht alles bedenken können. Frau Ministerin Dr. Götte, deshalb bin ich Ihnen für Hinweise dankbar, die Sie mir in einem persönlichen Gespräch noch mitgegeben haben. Wir sollten insbesondere die Frauenprojekte nicht vergessen.

Ich erinnere daran, dass 37 % oder 38 % der Haushalte in Ruanda von Frauen geleitet werden. Wir sollten insbesondere die Frauenprojekte nicht vergessen und auch überlegen, ob die derzeitige personelle Ausstattung des Verbindungsbüros in Kigali ausreicht, um alle notwendigen Aufgaben erfüllen zu können.

Ebenso greifen wir sicher gern Ihre Anregung auf, Absatzmärkte für ruandische Produkte in Rheinland-Pfalz zu erschließen. Seien Sie versichert, dass wir diese Anregungen aufnehmen werden.

Im Übrigen danke ich Ihnen für Ihre Initiative, die im April eine Gruppe ruandischer Frauen nach Rheinland-Pfalz und hier in Kontakt zu unseren Organisationen bringt. Wir alle sollten neu motiviert sein, Aufgaben zu übernehmen, Initiatoren für neue Partnerschaften sein und somit einen ganz wichtigen Beitrag in dieser einen Welt zu leisten. Prüfen wir deshalb alle, ob wir in unseren Städten und Gemeinden, bei Verbänden und Vereinen für weitere Partnerschaften werben und diese ins Leben rufen können.

Ich bedanke mich ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall im Hause)

Präsident Grimm:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Dietmar Rieth das Wort.

Abg. Rieth, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das wird auch meine letzte Rede in diesem Landtag sein. Ich freue mich, dass ich sie zu diesem Thema halten kann. Ich werde nach den Ausführungen zu dem Antrag auch noch ein paar rückblickende Worte zu meiner zehnjährigen Tätigkeit sagen, aber zunächst zum Thema.

Dass wir heute als vier Fraktionen dieses Landtags diesen Antrag mit dem Ergänzungsantrag, der zur Finanzierung der Kommunalwahlen in Ruanda erfreulicherweise noch nachträglich in diesen Antrag aufgenommen wurde, einstimmig verabschieden können, ist meines Erachtens ein gutes Zeichen für die betroffenen Menschen und die Regierenden in Ruanda bei der Bewältigung ihrer tausend Probleme in diesem wunderschönen afrikanischen Land der tausend Hügel.

Es ist ein gutes Zeichen für die Politikfähigkeit im Allgemeinen und die Handlungsfähigkeit dieses Landtags im Besonderen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
bei SPD und CDU)

Dieser Antrag ist auch ein notwendiges Signal an die Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz zur stärkeren Neubelebung der Projektpartnerschaften und den Abschluss von neuen Schul- und Kommunalpartnerschaften zwischen rheinland-pfälzischen Kommunen und Schulen sowie ruandischen Kommunen. Ich erwähne in diesem Zusammenhang - wie wir es im Antrag auch festgeschrieben haben - dringend, dass hier auch endlich die Städtepartnerschaft zwischen der Hauptstadt Kigali und der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt Mainz auf den Weg gebracht wird. Ich freue mich, dass der Landtag von Rheinland-Pfalz einstimmig diese Anforderung an die kommunalen Gremien in Mainz ausspricht, diese Partnerschaft auf den Weg zu bringen. Auf ruandischer Seite wird diese Partnerschaft seit langem herbeigesehnt und erwartet. Ich hoffe, dass sich in den nächsten Wochen und Monaten auch hier etwas tut.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Dieser Antrag ist weiterhin ein neues Signal an die Bundesregierung, in Zukunft noch stärker und konzeptioneller den rheinland-pfälzischen Weg der Entwicklungszusammenarbeit mit unserem Partnerland Ruanda im umfassenden Sinn auch vor dem Hintergrund des Agenda-21-Prozesses zu unterstützen.

Ich sage an der Stelle auch, dass es mich besonders gefreut hat, dass während unserer Delegationsreise Ende November sowohl der Bundesaußenminister als auch die Staatssekretärin im Entwicklungshilfeministerium anwesend waren und wir auch zusammen eine Veranstaltung hatten, auf der über die Zukunft der Zivilgesellschaft in Ruanda diskutiert wurde. Mir hat man von dem ruandischen Premierminister und von anderen hochrangigen Vertretern anschließend gesagt: Ich weiß nicht, wie ihr das hinbekommen hat, dass ihr von Deutschland aus hier so aufgetreten seid. Aber es war sehr gut!

Das hat einen sehr tiefen Eindruck hinterlassen, dass von deutscher Seite gerade dieser rheinland-pfälzische Weg auch ganz besonders geschätzt und unterstützt wird. Wir haben eine sehr hohe Wertschätzung auch als rheinland-pfälzische Delegation erfahren, dass dieses Zusammentreffen vor Ort in Ruanda möglich wurde. Ich denke, auch das sollte uns helfen, die Zusammenarbeit mit der Bundesregierung zum Wohl der Menschen in Ruanda weiter auszubauen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
bei SPD, CDU und F.D.P.)

Diese Diskussion heute ist last but not least ein Vermächtnis für den neuen Landtag - egal, wie die Zusammensetzung nach dem 25. März sein wird -, die neue Qualität der Zusammenarbeit mit unserem Partnerland Ruanda auszubauen. Ich sage das ausdrücklich auch, weil ich weiß, dass dieser Antrag, der heute von allen Fraktionen so beschlossen und auch von der Landesregierung begrüßt wird, natürlich in den kommenden Monaten und Jahren mit Leben erfüllt werden muss. Ich habe keine Zweifel, dass dies geschieht, aber es ist ein ernst gemeintes Vermächtnis, auch an die Kolleginnen und Kollegen, die dem neuen rheinland-pfälzischen Landtag angehören werden, diese Zusammenarbeit ernsthaft weiterzubetreiben.

Herr Schuler, ich denke, wir haben bei unserer Delegationsreise wirklich partei- und fraktionsübergreifend hier zu den Grundstein gelegt, diese neue Qualität zu begründen. Ich würde mir auch wünschen, dass dies mit demselben Engagement wie in der Vergangenheit hier im Landtag weitergeführt wird.

Ich denke auch - das haben auch schon meine Vorredner betont -, dass alle Teilnehmer unserer ersten Reise als Landtagsdelegation im November letzten Jahres den Eindruck mit nach Hause genommen haben, dass die Menschen in Ruanda, die politisch Verantwortlichen und die zu lösenden Aufgaben unser Vertrauen und unser Engagement hier im rheinland-pfälzischen Landtag verdienen. Das mag in der Vergangenheit nicht immer so eindeutig gewesen sein, aber ich zumindest hatte den Eindruck, aus persönlichem Eindruck vor Ort aber auch in Gesprächen mit den Kolleginnen und Kollegen, die mit auf der Reise dabei waren, dass wir wirklich, ohne Zuckerguss über irgendetwas darüberzugießen, der Überzeugung sind, hier ist ein guter Neuanfang von den Verantwortlichen in Ruanda gemacht worden. Der sollte unterstützend weitergeführt werden.

Im Einzelnen möchte ich für uns GRÜNE einige Punkte herausstreichen, die uns für die Zukunft besonders wichtig sind. Wir halten es für unverzichtbar, Menschen und Organisationen in Rheinland-Pfalz - ich nenne zum Beispiel den Friedensdienst Eirene - und in Ruanda - ich nenne die Menschenrechtskommission und die Wiederversöhnungskommission - organisatorisch und finanziell besonders zu unterstützen, die sich mit dem Kernthema der ruandischen Gesellschaft, dem Wiederversöhnungsprozess, beschäftigen und an der gesellschaftlichen Aufarbeitung des Völkermords von 1994 ernsthaft arbeiten. Ich denke, wir sollten auch sehen, dass wir einen neuen Schwerpunkt in der Zusammenarbeit setzen. Dazu schlagen wir neben den im Antrag beschlossenen Maßnahmen - die muss ich jetzt in der Tat nicht einzeln erwähnen, sie sind nachlesbar - die Einrichtung einer Friedensakademie in Rheinland-Pfalz vor, in der Personen als Konfliktschlichterinnen und Konfliktschlichter eine Langfristausbildung erhalten können. Wir sind der Meinung, die rheinland-pfälzische

Schul- und Hochschullandschaft sollte unbedingt um diesen wichtigen Zweig der zivilen Konfliktbearbeitung ergänzt werden.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Einrichtung käme nicht nur den Menschen in Ruanda oder anderen Ländern zugute, sondern könnte auch für Konfliktsituationen in unserer Gesellschaft - zum Beispiel an Schulen, in der Jugend- und Sozialarbeit - Personal ausbilden und qualifizieren.

Meine Damen und Herren, wenn wir es mit dieser beispielgebenden Partnerschaft in Ruanda, mit der Aufarbeitung des Völkermords, mit der Unterstützung für die gesellschaftlichen Aufarbeitungsprozesse in unserem Partnerland Ruanda ernst meinen, wäre eine solche Friedensakademie eine gute zukunftsweisende Antwort. Das, was es bisher bundesweit in dieser Art gibt, sind eher Einrichtungen, die zum Beispiel für OSZE-Einsätze Kurzeitzausbildung betreiben. Es fehlt bundesweit an einer Einrichtung, die eine langfristige Ausbildung in diesem Sinn betreibt. Ich denke, das wäre eine Aufgabe, die das Land Rheinland-Pfalz angehen könnte und die auch einen besonderen Stellenwert in der Landespolitik erhalten sollte.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir halten es ferner wie im Antrag beschrieben für notwendig, eine Stiftung „Partnerschaft Ruanda“ einzurichten und mit entsprechendem Stiftungskapital bei ihrer Gründung auszustatten, damit die Projektpartnerschaften ausgebaut und ihre Finanzierung verstetigt werden kann. Außerdem würde es diese Stiftung ermöglichen, aufgrund der Neuregelung des Stiftungsrechts auf Bundesebene zusätzliches privates Stiftungskapital einzuwerben.

Des Weiteren sind wir der Überzeugung, dass die personelle Unterstützung beim Verwaltungsaufbau in Ruanda durch ein entsprechendes Fachkräfteprogramm unter starker finanzieller Beteiligung der Bundesregierung einen wichtigen Baustein darstellt, um Verwaltungsfachkräfte in Ruanda neu ausbilden zu können.

Man muss sich wirklich vor Augen halten, was im Jahr 1994 geschehen ist. Die kommunalen Spitzen sind bis hin zu den Distrikten mittlerweile neu besetzt. Es fehlt aber völlig der Mittelbau, damit die Dinge, die auf Leitungsebene beschlossen und auf den Weg gebracht werden, verwaltungsmäßig umgesetzt werden können. Entweder sind diese Leute am Völkermord beteiligt gewesen, waren Opfer oder sind durch die grassierenden Krankheiten, insbesondere durch die Aids-Problematik - davon ist eine ganze Schicht der Leute in den afrikanischen Ländern zwischen 20 Jahren und 40 Jahren betroffen -, nicht mehr am Leben.

(Glocke des Präsidenten)

Es muss also in einem großen Aufbauprogramm versucht werden, den Menschen in Ruanda ein Stück weit weiterzuhelfen.

Herr Präsident, Sie haben die Glocke geläutet.

(Creutzmann, F.D.P.: Das war die Friedensglocke!)

Bei dieser letzten Rede gäbe es noch einiges zu dieser Thematik auszuführen, aber ich will meine Redezeit bei meinem letzten Redebeitrag nicht unnötig überziehen.

Ein paar persönliche Anmerkungen zum Schluss, rückblickend auf die zehn Jahre Landtagstätigkeit. In den vergangenen zehn Jahren habe ich mich in diesem Plenarsaal, der mir immer wie ein großes Wohnzimmer vorkam - ich habe den Deutschen Bundestag und andere Landesparlamente besucht -, durch die Atmosphäre, die dieser Landtag ausstrahlt hat, heimisch gefühlt. Es war eine offene und heimische Atmosphäre, die es auch bei stärkeren politischen Auseinandersetzungen in der Sache immer wieder möglich gemacht hat zusammenzufinden, im Foyer, im Deutschhauskeller, im Landtagsrestaurant oder auch in Gesprächen jenseits dieses Hauses.

Ich bin der Meinung, es ist eine gute Atmosphäre, die der Landtag Rheinland-Pfalz über Jahre und Jahrzehnte hinweg bewahrt hat. Das hat mich bei all den Auseinandersetzungen immer wieder dazu gebracht, einen Strich zu ziehen und zu sagen: Komm, beim nächsten Mal fängst du wieder neu an, die Dinge zu diskutieren. - Es ist aber nichts Nachtragendes zurückgeblieben.

Natürlich haben mich in diesen zehn Jahren eine Reihe von Personen begleitet, die gekommen und gegangen sind. Als ich im Jahr 1991 in den Landtag eingezogen bin, war zwar die gleiche Regierungskonstellation in diesem Landtag tätig, die heute auch noch tätig ist, aber es waren zum Teil andere Personen dabei. Es war die Zeit der Ablösung von der CDU/F.D.P.-Regierung zu der SPD/F.D.P.-Regierung. Personen wie Scharping, Brüderle und andere haben mir neben dem Zusammenarbeiten und dem Zusammenraufen mit den Leuten in der eigenen Fraktion meine ersten Eindrücke von diesem Landtag vermittelt.

Es waren spannende zehn Jahre. Es wurden auch aus Oppositionssicht einige politische Themen auf den Weg gebracht. An dieser Stelle nenne ich einige Beispiele: AKW Mülheim-Kärlich, einige Gesetzesvorhaben, die entwickelt worden sind, wie zum Beispiel das Energiegesetz, das Mittelstandsförderungsgesetz und so weiter. Das sind Punkte, die aus einer Oppositionssicht zu nennen sind, weil sie letztlich aufgrund der Mehrheitsverhältnisse nicht umgesetzt werden konnten.

Sie haben mir aber auch gezeigt, dass es möglich ist, aus der Opposition heraus thematisch inhaltliche Weiterentwicklungen

zu betreiben. Insofern resümiere ich, dass diese zehn Jahre absolut keine verlorene Zeit gewesen sind. Sie waren eine wirklich sehr schöne und wichtige Zeit für mich.

In diesen Jahren hat es Höhen und Tiefen gegeben. An dieser Stelle erwähne ich durchaus den Besucherkontenprozess. Mich hat außerordentlich gefreut, dass die Solidarität aller Abgeordneten dieses Parlaments von Anfang an vorhanden war. Es war keine einfache Zeit für mich, in diesen zwei Jahren durch die Mühlen der Justiz und der Öffentlichkeit gedreht zu werden. Die Solidarität der Abgeordneten aller Fraktionen war ein wichtiger Baustein, damit ich diese Zeit aufrecht durchstehen konnte.

(Beifall im Hause)

Letztendlich gab es in der finalen Phase dieses Besucherkontenprozesses auch die vorher vermisste Solidarität der Landtagsverwaltung. Allerdings hat aber auch diese Solidarität nicht mehr dazu beigetragen, die von der Justiz festgelegte Wegbeschreibung noch einmal aufzuweichen. Die Justiz hat am Ende ein Urteil gesprochen und nicht Recht gesprochen. Damit habe ich mich abgefunden, und das habe ich bereits verarbeitet.

Es sollte für alle Kolleginnen und Kollegen in diesem Hause ein Lehrstück gewesen sein, mit solchen Dingen offener, vertrauensvoller und solidarischer umzugehen, als das vielleicht am Anfang dieser Besucherkontenaffäre gewesen ist. Bei mir bleibt nichts zurück. Das sage ich bewusst auch in Richtung Landtagsverwaltung. Die Solidarität war am Ende vorhanden.

Es ist ein Lehrstück gewesen, das zu meiner zehnjährigen Geschichte im Landtag in Mainz gehört. Es bleibt auch keine Wehmut zurück, vielleicht eine Träne im Knopfloch, aber es war eine schöne und gute Zeit. Ich bereue keinen Tag, den ich zusammen mit Ihnen verbringen konnte.

Vielen Dank.

(Anhaltend starker Beifall im Hause)

Präsident Grimm:

Herr Kollege Rieth, vielen Dank für diese honorigen Schlussbemerkungen. Ihre moselländische Herkunft hat es Ihnen sicher erleichtert, mit einem schweren Problem so umzugehen und es so zu verarbeiten. Dafür gilt Ihnen mein Respekt und auch der Respekt des ganzen Hauses, auch für Ihre Streitlust, die immer dort Ihre Grenzen hatte, wo es um das Gegenüber ging, die Kollegin oder den Kollegen.

Vielen Dank für die zehn Jahre als Kollege und für viele auch als Freund. Alles Gute für Ihre Zukunft.

(Beifall im Hause)

Ich erteile der Abgeordneten Frau Hatzmann das Wort.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Scheiden Sie auch aus?)

Abg. Frau Hatzmann, F.D.P.:

- Das liegt in der Hand der Wählerinnen und Wähler.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zurück zur Partnerschaft zwischen Rheinland-Pfalz und Ruanda. Es ist vieles vorweg gesagt worden, was richtig ist. Wir sind uns einig in dem, was wir wollen, und wir sind uns einig in dem, was wir erlebt haben.

Als letzte Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt möchte ich einen Aspekt einfügen, der bisher noch nicht so umfänglich betrachtet wurde, nämlich die Frage, was diese Partnerschaft nach innen bewirkt, also für uns.

Um das etwas näher ausführen zu können, bedarf es eines kleinen Umwegs. Sie wissen, oder Sie wissen es nicht, können das aber im Handbuch des Parlaments nachlesen, dass ich selbst aus der Entwicklungshilfe komme. Ich habe das studiert und nach dem Studium beschlossen, dass das, was dort gemacht wird, nicht zielführend ist. Das gilt sowohl für die großen Projekte, die in den 80er-Jahren in den Entwicklungsländern durchgeführt wurden, als auch für die kleinen Projekte. Sie waren alle sehr, sehr gut gemeint. Das Gegenteil von gut ist aber dann oft gut gemeint. Das war die Diskussion Anfang der 80er-Jahre, die sehr viele aus der Entwicklungspolitik vertrieben hat, weil sie gesagt haben: Das kann so nicht funktionieren.

Nun habe ich im Parlament die Partnerschaft Ruanda/Rheinland-Pfalz kennen gelernt und mir viele Gedanken zu der Frage der Partnerschaft gemacht. Was ist eigentlich partnerschaftlich an der Partnerschaft? Partnerschaft wird als Begriff oft gebraucht und auch sehr stark missbraucht. Er ist deshalb klärungsbedürftig. Partnerschaft ist gleichberechtigte Teilhabe an etwas Gemeinsamem, wie ein gemeinsames Ziel, eine gemeinsame Aufgabe oder eine gemeinsame Wegstrecke. Sie muss bei weitem nicht allumfassend sein, aber ehrlich in der begrenzten gemeinsamen Sache. Eine Partnerschaft setzt nicht unbedingt gleich starke oder gleichartige Teilhaber voraus, aber zumindest solche, die willens und fähig sind, etwas möglichst klar Definiertes, Gemeinsames gleichberechtigt anzustreben. Das ist die rationale Ebene.

Partnerschaft hat aber auch eine emotionale Ebene. Sie ist gleich wichtig und gleichwertig und erfordert in der Partner-

schaft, dass es eine nicht erfassbare, gleiche Wellenlänge gibt, einen emotionalen Gleichklang, eine Harmonie, etwas schwerlich nur auf eine gemeinsame Sache zu Begrenzendes.

Heute ist aus den Reden meiner Vorredner deutlich geworden, dass wir dieses gemeinschaftliche Schwingen erfahren haben. Deshalb sind wir so begeistert zurückgekommen, weil wir gesagt haben, es ist auch etwas Emotionales vorhanden, das diese Partnerschaft trägt. Das darf man nicht unterschätzen.

Auf Entwicklung bezogen wird leider deutlich, wie problematisch und selten solche aufrichtigen Partnerschaften in der Praxis sind. In der Entwicklung will zumeist eine Seite einer anderen helfen, vorwiegend natürlich ideell motiviert, was nicht falsch ist und auch nicht zu kritisieren ist, aber so wird Entwicklung definiert. Einer hilft dem anderen, sich zu entwickeln. Selten jedoch sind beide Seiten gleichartig; noch seltener beide gleich stark. Das gilt natürlich auch für eine Partnerschaft in der Entwicklung. Selten sind auch Entwicklungsziele wirklich gleichberechtigt partnerschaftlich zwischen den letztlich Betroffenen und den Gebern erarbeitet. Erschwerend kommt hinzu, dass niemand, kein Mensch, kein Staat, entwickelt werden kann, was man früher einmal aus dem Innersten heraus geglaubt hat. Dennoch muss aber Hilfe zur Selbsthilfe gegeben werden, eigentlich aber nur partnerschaftlich, wenn sie psychologisch und letztlich real insgesamt nicht entwicklungshemmend wirken soll.

Das erfordert zunächst einmal nach Kenntnis des Problems partnerschaftliche Entwicklungshilfe; Charakterstärke auf beiden Seiten. Der helfende Teil muss bereit und fähig sein, sich in den zu helfenden Partner und sein Umfeld einzufühlen und einzudenken. Das ist ohne persönliche Kontakte nicht möglich. Das lässt sich nicht von hier nach da regeln, sondern das lässt sich nur regeln, wenn man sich gemeinschaftlich etwas ansieht. Der Helfer muss lernen wollen und können. Er muss als gleichberechtigter und damit auch gleichverpflichteter Partner selbst entwicklungsfähig sein.

Nun komme ich zu dem, was uns bewegt, nämlich selbst entwicklungsfähig zu sein. Aufrichtige Entwicklungspartnerschaft erfordert Direktheit; die Partner können sich nicht vertreten lassen. Ich habe begründet, weshalb es spätestens zum jetzigen Zeitpunkt notwendig war, dass das Parlament selbst nach Ruanda reisen muss. Es waren schon mehrere Minister dort, und es sind sehr viele Menschen in Ruanda gewesen - sie waren ständig oder öfter in Ruanda -, die in Projekten tätig sind. Nur solche Partner, die sich auch gegenseitig besuchen und vor Ort zusammen sind - die ruandische Botschaft ist heute in diesem Haus vertreten, Ruander in Rheinland-Pfalz -, können sich gemeinschaftlich in solchen Partnerschaften wiederfinden.

Aus diesen Gründen ist es übrigens auch sehr schwer möglich, dass Staaten direkte partnerschaftliche Entwicklungshilfebeziehungen aufbauen können. Allenfalls können sie auf Wunsch Regierungen beraten.